



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Z.: Die Opposition im französischen gesetzgebenden Körper.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Opposition im französischen gesetzgebenden Körper.

Zu den charakteristischen Merkmalen des römischen wie des napoleonischen Cäsarismus gehört eine auffallende Empfindlichkeit gegen jede Kritik der Grundsätze und Handlungen der Regierung. Jede ernste Discussion der öffentlichen Angelegenheiten erscheint ihm als ein Symptom moralischer Anarchie; jeder Tadel gilt für strafbar, weil er die Gefühle des Landes kränkt und die Majestät des Volks beleidigt, das seinen Willen und seine Macht in der einen Person des Herrschers concentrirt hat. Keine das Staatswohl betreffende Willensäußerung ist diesem einen Willen gegenüber berechtigt; jedes Urtheil, mag es von der Presse, mag es von der Tribüne ausgehen, das mehr ist als ein Widerhall der vom Thron ausgegebenen Losung, bedroht die Einheit der Staatsgewalt und den allein verantwortlichen Inhaber derselben; es kann und darf als eine Auflehnung gegen das höchste Staatsprincip, gegen die dem Kaiser übertragene und von ihm repräsentirte und ausgeübte Volkssouveränität nicht geduldet werden.

Es ist leicht ersichtlich, daß diese Erscheinung mit ihren Consequenzen tief im Wesen der napoleonischen Monarchie begründet ist. Die festbegründete Monarchie hat die Kritik der Verwaltung nicht zu scheuen, sie steigt vielmehr, wenn sie es dennoch thut, von ihrer Höhe herab auf den Standpunkt der Parteien. Für die neue französische Monarchie ist aber, was anderswo einem Verkennen der Bedeutung des Königthums gleich zu achten ist, so lange eine Nothwendigkeit, als sie fürchten muß, daß jede Freiheit, die sie der Discussion gestattet, jeden Augenblick zu einer Waffe in der Hand eines Prätendenten werden kann. Versöhnung der Parteien ist eins der Schlagworte des Napoleonismus. Aber die Versöhnung der Parteien vollzieht sich nicht in wenigen Jahren; bis sie sich vollzogen hat, müssen sie um jeden Preis niedergehalten, müssen sie zum Schweigen gezwungen werden, wozu es dann natürlich der Anwendung eines Druckes bedarf, der seinerseits die Erbitterung der Parteien wach erhält. Aber dieses chronische Mißvergnügen erscheint dem Regime minder

gefährlich, als die wiederholten acuten Ausbrüche leidenschaftlicher Aufregung, welche durch die ununterbrochen sich wiederholenden Repressivmaßregeln gegen eine freigegebene Presse hervorgerufen werden würden: an den unbequemsten Zustand gewöhnt man sich, keineswegs aber an immer wiederkehrende Verfolgungen und Proceſſe, die in Frankreich noch immer dazu beigetragen haben, die extremsten Ansichten populär, die Opposition zur Beherrscherin des Publikums zu machen. Daß, vom Standpunkt der französischen Regierung aus, diese Erwägung ganz richtig ist, leuchtet ein.

Unter den Forderungen des Constitutionalismus stößt keine bei dem gegenwärtig herrschenden System auf lebhafteren und leidenschaftlicheren Widerstand als die der Ministerverantwortlichkeit. Auch diese Abneigung liegt tief im Wesen des Napoleonismus begründet und ist speciell für Frankreich nicht ohne eine gewisse Berechtigung. Die Ministerverantwortlichkeit ist der Schlüsselstein des constitutionellen Systems, der feierliche Verzicht auf das absolute Regime. Nun beruht aber in einer neuen Monarchie das Ansehen des Herrschers ganz auf dessen eigener Thätigkeit und Tüchtigkeit, zumal in einem Volke wie das französische, das, so schwer es regierbar ist, doch regiert und determinirt sein will. Der vorzügliche Verwaltungsorganismus Frankreichs fordert vor allen Dingen Stabilität; die Macht, die derselbe in die Hände des jedesmaligen Ministeriums legt, ist zu ausgedehnt, um ohne Gefahr für den Staat den Besitz derselben von jedem Kammervotum abhängig und somit zum Spielball, nicht der bereits erprobten Grundsätze fest consolidirter Parteien (denn die fehlen in Frankreich), sondern des Ehrgeizes jedes beliebigen Ministercandidaten zu machen. Nehmen wir nun im Augenblick an, Napoleon gewährte die Ministerverantwortlichkeit. Was würde die Folge davon sein? Würde die Verantwortlichkeit der Minister seine Person decken? Gewiß nicht, so wenig wie sie Ludwig Philipp gedeckt hat, der in dieser Beziehung mit fast peinlicher Mangellichkeit die Consequenzen des constitutionellen Princips gezogen hat. Die Folge würde einfach die sein, daß die Angriffe gegen parlamentarisch verantwortliche Minister sich verdoppeln würden, weil jedem Ministerium sofort Coterien von Ministercandidaten gegenüber treten würden, daß aber jeder gegen ein Ministerium gerichtete Streich doch die Stellung des unverantwortlichen Staatsoberhauptes treffen würde. In einem Lande, in dem Dynastie gegen Dynastie, Republik gegen Monarchie steht, ist die Unverantwortlichkeit des Staatsoberhauptes eine Phrase, die seine Thätigkeit beschränkt, ohne seiner Stellung eine erhöhte Sicherheit zu gewähren.

Es ist ein alter Zug der französischen Monarchie, nicht nur die Macht zu concentriren, sondern den Herrscher als die Quelle alles Großen, alles Guten, aller Ehren und Wohlthaten erscheinen zu lassen. Wollte der Fürst auf dieses Vorrecht verzichten, so würde der Franzose sich sofort nach einer andern Macht umsehen, die sein Bedürfniß nach einer populär, aber glänzend auftretenden und

wirkenden irdischen Vorsehung besser befriedigte. Napoleons lebhaftestes Bestreben ist es, in den Franzosen nicht den leisesten Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß er zu dieser Rolle persönlich befähigt und berufen ist. Je gewaltiger die Macht des Nationalwillens ist, aus der seine Souveränität sich ableitet, um so mehr muß er bemüht sein, durch seine Leistungen das Vertrauen des Volkes zu rechtfertigen. Kein Herrscher Europas hat mit gleicher Sorgfalt von Tag zu Tag die Stimmungen, Neigungen und Abneigungen seines Volkes zu erforschen wie er, kein Monarch hat in gleichem Maße wie er es nöthig, für jede seiner Unternehmungen die öffentliche Meinung zu gewinnen. Das ist die Gefahr seiner Stellung; ihr Vortheil ist, daß die große Masse an seinem unausgesetzten Eingreifen in alle öffentlichen Verhältnisse, vorausgesetzt, daß er auf der Linie des Gleichheitsprincips sich bewegt und bei allem, was er thut, den handgreiflichen Erfolg für sich hat, keinen ernstern Anstoß nimmt, sondern im Gegentheil ein derartiges Eingreifen, wenn sie auch gelegentlich darüber murt, im Großen und Ganzen doch fordert.

Daß einer so schwierigen Stellung selbst auf kurze Zeit nur ein Mann von der außerordentlichen Begabung Napoleons gewachsen ist, ist an sich klar. Läßt sich aber annehmen, daß selbst er ihr auf die Dauer gewachsen ist? Läßt sich ferner annehmen, daß die Hand, die nach ihm sein Werk fortzuführen berufen ist, im Stande sein wird, die feste beherrschende Stellung über den Factionen zu behaupten, die er einnimmt? Denn, man vergesse nicht, alle Klugheit des Kaisers ist nicht im Stande, sein Werk zu einem Ruhepunkt zu führen, wo, wie man sagt, die Dinge von selbst gehen. Mag die Quelle seiner Macht der Wille des Volks sein, die Bedingung ihres Bestehens ist die unausgesetzte, rastlose kluge Anwendung derselben. Ein Fehlgriff, ein Verkennen der öffentlichen Meinung kann die Grundlagen des Gebäudes so erschüttern, daß ein minder starker Wille als der des Kaisers nicht im Stande sein dürfte, den völligen Umsturz abzuwenden. Wie soll ein Mittel gefunden werden, einen gelegentlich heftigen Ausbruch der Volksstimme, die kaum Napoleon, gewiß nicht sein Nachfolger, mit Sicherheit zu beherrschen im Stande sein wird, zu unterdrücken? Und die Symptome mehren sich, daß die öffentliche Meinung in einem dem napoleonischen System feindlichen Sinne sich umzuwandeln im Begriff ist; die Beherrschung der Geister droht seinen Händen zu entschlüpfen; die Franzosen fangen an sich zu erinnern, daß die Principien von 1789 neben der Gleichheit auch die Freiheit als Grundrecht des Volks, ja der Menschheit fordern. Gleichviel ob sie in der harten Schule der Revolution und des Absolutismus das Wesen der politischen Freiheit zu verstehen gelernt haben, das Streben nach der vermischten Freiheit hat in Frankreich eine Gewalt, die auch Napoleon zu berücksichtigen hat. Denn wenn auch kein civilisirtes Volk weniger im Stande sein mag die errungene Freiheit zu behaupten, so ist andrerseits kein Volk

schneller bereit, sich von dem Druck einer ihm unbequem und verhaßt gewordenen Herrschaft zu befreien. Somit ist denn die Opposition, die sich in dem gesetzgebenden Körper gebildet hat, wohl geeignet, den Kaiser mit Sorge zu erfüllen. Daß die numerische Stärke derselben noch sehr gering ist, vermag diese Besorgnisse nicht zu zerstreuen. Die Kraft der Opposition besteht in der Wirkung, die sie auf das Land ausübt. Die Gefahr liegt darin, daß die oppositionelle Stimmung der kleinen liberalen Minorität sich der Meinung des Landes zu bemächtigen anfängt. Daß die Opposition das Mißvergnügen auch in die Reihen der Befriedigten getragen hat, daß aus den strengen Imperialisten eine Fraction Selbständiger sich ausgesondert hat, die es wagen eine Meinung zu haben, worin anders hat das seinen Grund, als daß eine dem Kaiser ungünstige öffentliche Meinung in der Bevölkerung sich bildet, deren Eindruck auch die specifischen Anhänger des Kaisers sich nicht mehr zu entziehen vermögen? Die Regierung hat daher alle Ursache, auf die Fahnenflüchtigen erbittert zu sein; nur sollte sich ihre Mißstimmung mehr gegen das Uebel als gegen das Symptom des Uebels richten; aber gegen einen Zustand kann man seinen Groll nicht auslassen, man richtet ihn also gegen die Personen, die unvorsichtig, vielleicht aber auch klug genug sind, durch ihre Haltung das Vorhandensein des unwillkommenen Zustandes zu constatiren. So lange die Opposition sich nur auf die kleine Schaar der dem herrschenden System principiell feindlichen Männer beschränkte, mochte man sich mit der Erwägung trösten, daß die geringe Anzahl der Opponenten, so laut und kräftig sich ihre Stimmen erhoben, doch grade die Schwäche der feindlichen Elemente recht augenscheinlich ins Licht stelle, auch über die Bedeutung der unbequemen Thatsache, daß das wichtige Paris ein so bedeutendes Contingent zur liberalen Phalanx gestellt hatte, konnte man sich hinwegsetzen in einer Zeit, wo materielle Unruhen nicht zu befürchten waren; daß aber auch entschiedene Anhänger des Kaiserthums eine Aenderung des Systems im liberalen Sinne wünschen, daß sie diesem Wunsch zu Liebe sich von der Strenge der Parteidisciplin, die keine Abweichung von dem Dogma der ausschließlichen Regierungsinitiative duldet, hinwegsetzen, das ist ein unwiderleglicher Beweis für die beginnende „Anarchie der öffentlichen Meinung“. Denn in Frankreich ist jede regierende Partei stets bereit gewesen, Abweichungen von ihrer Auffassung als moralische Anarchie zu verdammen, wie viel mehr das Kaiserthum, das stets darauf gefaßt sein muß, die Opposition gegen die Regierung in einen Angriff auf die Dynastie umschlagen zu sehen. Und gegen diese Gefahr bietet die dynastische Gesinnung der neuen Mittelpartei dem Kaiser durchaus keine Bürgschaft; es ist vielmehr unzweifelhaft, daß die Haltung der Flüchtigen, wenn es nicht bald gelingt, sie wieder einzufangen, in einem kritischen Momente ganz von derjenigen der alten Opposition abhängig sein wird.

Denn in den wechselseitigen Beziehungen der Opposition und des Tiers-

partie zu einander liegt die Gefahr der Situation. Die Mißstimmung in der Schaar der Getreuen ist deswegen bedenklich, weil die Unzufriedenen in der entscheidenden Opposition einen moralischen Halt finden; die Opposition aber ist bei ihrer numerischen Schwäche erst von dem Augenblicke an zu fürchten, wo sie diesen Halt gewährt und die Mißstimmung in das kaiserliche Lager trägt, um selbst die Führung aller mißvergnügten Elemente zu übernehmen. Das Urtheil darüber, was der Kaiser und Frankreich von dem Wiedererwachen des Freiheitsfinnes zu fürchten oder zu hoffen haben, wird also ganz von dem Charakter der entschiedenen Opposition bestimmt werden.

Die Opposition besteht außer einigen Legitimisten aus Republikanern und alten Orleanisten, die zwar das Kaiserreich als Thatsache anerkannt und sich ihm verpflichtet haben, deren Treue und Hingebung aber schwerlich die Probe einer ernstern Krisis bestehen würde. An einer Stabilirung der Dynastie ist den Meisten unter ihnen wohl wenig gelegen. Sie haben nur die Absicht, ihre politischen Ansichten und ihre Personen auch unter der gegenwärtigen Dynastie zur Geltung zu bringen. Kann die Dynastie die Freiheit nicht ertragen, so würden sie im Falle des Conflictes gewiß ohne Bedenken sich für die Freiheit, und gegen die Dynastie entscheiden. Ein Verhältniß gegenseitigen Vertrauens zwischen ihnen und dem Kaiser wird sich daher nur unter ganz besondern Umständen herstellen lassen. Das Lösungswort dieser Coalition ist für jetzt: Wiederherstellung des parlamentarischen Regimes; in diesem Streben stimmen, im scharfen Gegensatz gegen den Imperialismus, Republikaner, Orleanisten, Legitimisten überein.

Von diesen drei Gruppen scheint die der Legitimisten unfähig zu sein, eine selbständige Rolle zu spielen. Ein Legitimist kann in Frankreich nur in dem Falle auf Sympathien rechnen, wenn er die Principien verläugnet, kraft deren seine Partei überhaupt besteht. Frankreich, auch das politisch geknechtete, ist in Beziehung auf die Ständeverhältnisse doch durchweg liberal. Der Adel, der Hauptträger der legitimistischen Gesinnung, ist als Stand verhaßt und zugleich ohnmächtig; die Abneigung, an der im Beginn der Julidynastie die erbliche Pairie zu Grunde gegangen ist, besteht ungeschwächt fort. Denn der Legitimus ist den Franzosen die wahrhafte Incarnation des Feudalismus. Dem Liberalismus des legitimistischen Adels in seiner Gesamtheit traut niemand, da Legitimus und Aristokratie in der französischen Vorstellung zwei identische Begriffe sind. Der andere Träger des Legitimus ist die Geistlichkeit, deren Einfluß allerdings in Frankreich auf dem Lande sehr bedeutend ist. Aber, wie Tocqueville in einigen seiner Briefe so vorzüglich nachgewiesen hat, der Einfluß des Klerus hört auf, so bald er offen als Vertreter der politischen Reaction auftritt. Man verzeiht ihm vielleicht im Stillen gehegte legitimistische Wünsche, eine legitimistische Politik würde ihn sofort seiner Autorität berauben.

Somit bleiben als selbständige Parteien nur die Orleanisten und die Republikaner, die noch immer den Gegensatz des Bürgerthums und des Volkes repräsentiren. Von diesen beiden Parteien haben die Republikaner den unermesslichen Vortheil voraus, daß durch das Kaiserthum das demokratische Princip zur unbedingten und unanfechtbaren Herrschaft gelangt ist. Was man auch gegen das allgemeine Stimmrecht einwenden mag, mehr wie eine Farce ist es doch; es ist allerdings keine Bürgerschaft für den Bestand der politischen Freiheit, wohl aber ist es das Symbol der Demokratie und die feierliche Sanction des demokratischen Princips, zu dem sich das Kaiserthum nicht minder bekennt wie die Republikaner. Bei dem Uebergang des Kaiserthums in die Republik würde es sich also eigentlich nur um eine Veränderung in der Form der höchsten Gewalt handeln; die neue Staatsgewalt würde aber im Wesentlichen dasselbe Ziel verfolgen wie das Kaiserthum: Beherrschung Frankreichs durch Beherrschung und vorkommenden Falls durch Unterdrückung der öffentlichen Meinung. Denn mag auch die republikanisch-demokratische Partei jetzt, wo sie gegen die Gewalt ankämpft, sich energisch zu den liberalen Principien bekennen: die in einer centralisirten Republik organisirte Demokratie kann ebenso wenig wie das demokratische Kaiserthum consequent liberal sein. Nur in den Mitteln zum Ziele würde ein Unterschied stattfinden; während der Kaiser sich begnügt die Hauptstadt möglichst in guter Laune zu erhalten, panem et circenses zu bieten, seine materielle Stütze dagegen in der Ergebenheit der Armee und der politisch indifferenten Landbevölkerung sucht, würde die Republik sich vorzugsweise auf die thätige Sympathie der pariser Bevölkerung zu stützen haben, und es würden demgemäß die Interessen und Launen der Pariser den entscheidenden Einfluß in der Leitung des Staats ausüben, — bis das Unerträgliche dieses Einflusses einer neuen Reaction den Weg bahnen würde.

Anders stehen die Orleanisten da. Diese vereinigen zunächst, was sehr hoch anzuschlagen ist, in sich die Mehrzahl der unabhängigen Charaktere und der politischen Capacitäten Frankreichs. Fast alle Namen, auf die Frankreich stolz ist, die Mehrzahl der Männer, die in irgendeinem Zweige der geistigen Thätigkeit sich ausgezeichnet haben, bekennen sich im Herzen zu der constitutionellen Monarchie, das heißt, sie sind orleanistisch, wenn man auch keineswegs von allen unter ihnen wird behaupten können, daß die Wiederherstellung der entthronten Dynastie das Ziel ihres Strebens sei. Jedenfalls aber gehören die alten Orleanisten, und dies giebt ihnen ihre große Bedeutung, alle der constitutionellen Schule an, als deren bedeutendste Vertreter in Frankreich sie gelten können. Während der Kampf der Republikaner gegen das Kaiserthum einfach ein Kampf um die Herrschaft ist, besteht also zwischen Orleanismus und Kaiserthum ein principieller Gegensatz der allertiefsten Bedeutung; von der republikanischen Partei mag der Kaiser einen Handstreich zu fürchten Ursache haben, der Or-

leanismus bedroht die Zukunft seiner Dynastie, vorausgesetzt 1) daß es dem Kaiser unmöglich sein sollte, Frankreich nach und nach das zu gewähren, was es von der altconstitutionellen Partei erwartet, und daß diese Partei lebenskräftig und jugendlich frisch genug ist, um vor allem erst an sich selbst eine gründliche Reform zu vollziehen, wozu bis jetzt noch wenig Aussicht vorhanden ist. Denn den alten Constitutionellen geht es wie allen zu Boden geworfenen und zu längerer Ruhe verurtheilten Parteien: sie ignoriren, was ohne ihr Zutun geschehen ist, und knüpfen mit voller Unbefangenheit an die zu den Zeiten ihrer Macht herrschenden Ideen an: so besonders Thiers, der in seinen diesjährigen Reden ebenso seinen Ruf als glänzender Redner, wie andererseits die Unfruchtbarkeit seiner Ideen, die Isolirtheit seines Standpunktes in dem gegenwärtigen Frankreich und Europa bewährt hat. Es ist nicht möglich, die Mängel des Systems, das er bekämpft, schärfer zu geißeln und die Forderungen des constitutionellen Systems mit größerer Klarheit darzulegen, als er es gethan hat; so ist denn auch der Eindruck seiner beredten Worte auf Freund und Feind bedeutend gewesen. Seine Apotheose der Freiheit bildete nebst den scharfen, aber wohlverdienten Ausfällen Favres und Pelletans auf den unter dem gegenwärtigen Regime üppig emporsuchernden rohen Cynismus der öffentlichen Sitten, den Höhepunkt der Adressdebatte. Wie ist denn nun aber die Freiheit beschaffen, deren Herstellung Thiers als unerlässlich für die Rehabilitation Frankreichs fordert? Daß er die Freiheit der Tribüne und der Presse verlangt, genügt doch noch nicht, um seinen Standpunkt zu charakterisiren. In diesen Forderungen können sich sehr verschiedene Parteien begegnen. Gehen wir aber etwas näher auf seine Ansichten ein, so finden wir, daß er in vielen Beziehungen auf einem wesentlich niedrigeren Standpunkt als das gegenwärtige System steht. Wenn es möglich wäre, Frankreich und die Welt nach seinen Ansichten und Wünschen umzugestalten, so würde damit eine Reaction hervorgerufen werden, wie sie kaum absurder dagewesen ist. Vor allem in seiner eigen sinnigen und zähen Vertheidigung des Schutzzolls vertritt er entschieden den Rückschritt, so daß der Imperialismus in dieser Beziehung ihm gegenüber die Meinung fast des ganzen Frankreichs für sich hat. Aber auch hinsichtlich seines administrativen Standpunktes hat er vor dem Imperialismus wenigstens nichts voraus. Er sieht sein Ideal in dem Frankreich Ludwig des Vierzehnten und Colberts und wünscht nur deren System mit der Freiheit zu verbinden. An eben dies System hat aber auch die Republik angeknüpft und jedes folgende Regime, vor allem das erste Kaiserthum. Napoleon der Erste, weit entfernt, mit den Verwaltungsgrundsätzen des alten Frankreichs zu brechen, hat dieselben vielmehr weiter entwickelt und in ein tief durchdachtes, der höchsten Leistungen fähiges System gebracht. Von der Revolution hat er nur die socialen Grundsätze festgehalten, die sich ganz vortrefflich dem Verwaltungsdespotismus an-

schmiegen. Diejenigen Regierungen aber, welche die politische Freiheit dem bestehenden Verwaltungssystem anzupassen gesucht haben, sind an dem innern Widerspruche dieses Unternehmens zu Grunde gegangen. Wenn nun Herr Thiers, dessen Verwaltungsgrundsätze mindestens ebenso gut bonapartistisch sind als die des Kaisers selbst, nochmals das Unvereinbare vereinen will, glaubt er etwa, daß die Natur der Menschen sich seit 16 Jahren geändert hat? Glaubte er, daß das Präfectenregiment eine Schule der Freiheit geworden ist? und glaubt er ferner, daß eine Regierung (sei sie absolutistisch, sei sie parlamentarisch, darauf kommt hier gar nichts an), der das Verwaltungsrecht eine fast unbeschränkte, auf die kleinsten localen Interessen sich erstreckende Macht in die Hände legt, diese Macht unbenutzt lassen oder zu Gunsten der Freiheit benutzen wird? Eine Regierung, welche die Macht, die ihr zusteht, nicht aufs kräftigste ausübt, wird in Frankreich unter allen Umständen als schwach und unfähig gelten. Napoleon will die Macht unvermindert erhalten, und darum schließt er die Freiheit aus; das ist logisch und consequent gehandelt; Thiers hält gleichfalls an der Macht fest, will aber die Freiheit damit vereinigen; darin denkt er unlogisch und widerspruchsvoll. Die Macht kann in Frankreich nicht dadurch versöhnt werden, daß sie in die Hände einer Versammlung gelegt wird (das will Thiers), sondern dadurch, daß sie beschränkt wird; ein Gedanke, zu dem sehr wenige Staatsmänner in Frankreich sich erheben, wie denn auch diesmal die Opposition diesen wichtigsten Punkt nur ganz oberflächlich berührt hat.

Von dem Standpunkt aus, den Thiers in innern Fragen einnimmt, läßt sich daher das gegenwärtige System durchaus nicht bekämpfen; wenigstens würde Thiers Sieg Frankreich einen sehr zweifelhaften Gewinn bringen. In der auswärtigen Politik stellt sich das Verhältniß für den Kaiser noch günstiger. Thiers Dogma ist das alte: Hegemonie Frankreichs in Europa. Auch sein Mittel, um diese prätendirte Obmacht zu erhalten, eventuell sie wiederzugewinnen, ist das alte: Frankreich muß rings von schwachen, unter einander uneinigen Gemeinwesen umgeben sein. Der Einheitsstaat Italien ist ein Gräuel in den Augen der französischen Orthodoxie; zum Glück für Victor Emanuel beschränkt sich die Rache, die sie an der Existenz des neuen Staates nimmt, auf gelegentliche Prophezeihungen von dem baldigen Zerfalle desselben. Nicht anders steht Thiers Deutschland gegenüber; er ist der Gegner Preußens, weil er weiß, daß jeder Erfolg dieser Macht ein Schritt zur Unificirung Deutschlands ist. Allerdings eine unbestreitbare Wahrheit, die auch von allen urtheilsfähigen Ausländern als selbstverständliches Axiom behandelt wird, und nur bei den deutschen offenen oder verschämten Particularisten Widerspruch findet. Diese Politik, die die Größe Frankreichs in der Schwäche der Nachbarn sucht*), ist aber ebenso

*) Man würde übrigens sehr irren, wenn man glauben wollte, daß Thiers mit diesen Ansichten vereinzelt dastände. In allen Parteien finden sich Männer, die den deutschen Ein-

anachronistisch wie Thiers Vorliebe für den Schutzzoll. Sie war für Frankreich sehr bequem, so lange die Impulse in der hohen Politik ausschließlich von den Cabineten ausgingen; dem einmal erwachten Nationalitätsprincip gegenüber konnte sie nur durch einen Kampf gegen eben dies Princip aufrecht erhalten werden. Diesen Kampf konnte aber Napoleon nicht unternehmen, da es für ihn unmöglich war, gegen das Princip, auf das er selbst seine Macht begründet hatte, zu kämpfen. Er ließ also die Entwicklung desselben zu, weil er mußte, grade wie Thiers es gethan haben würde, wenn er statt Napoleons die Geschicke Frankreichs zu leiten gehabt hätte, nur mit dem großen Unterschiede, daß Napoleon stark genug ist, bis zu einem gewissen Punkte die Leitung einer populären Bewegung zu übernehmen, während Thiers, wie seine Antecedentien beweisen, durchaus unfähig ist, in einer Zeit der Aufregung die Zügel in der Hand zu behalten.

So ist denn Thiers Stellung zum Kaiser sehr eigenthümlich. Er hat viel zu viel Sympathien für das erste Kaiserthum, um ein principieller Gegner des zweiten zu sein. Gegen die Unterdrückung der communalen und localen Selbstständigkeit hat er gar nichts einzuwenden; ja er geht in seinen Begriffen von der Omnipotenz der Staatsgewalt, vorausgesetzt, daß der Herrscher sie mit einer gewählten Versammlung theilt und durch dieser verantwortliche Minister ausüben läßt, vielleicht noch weiter als der Kaiser selbst, der die Gefahren dieser Allmacht ohne Zweifel richtiger erkennt, als der neue Ministercandidat. Es ist daher wohl kaum zweifelhaft, daß, wenn Napoleon ihn um seinen Rath fragen sollte, er denselben sehr gern ertheilen würde. Was sie trennt, ist aber die Vorliebe Thiers' für parlamentarische Formen und die Selbstständigkeit des Charakters, die derselbe bei aller Beweglichkeit unzweifelhaft besitzt. Bei seiner ausgesprochenen Neigung für die hohe Politik würde er aber nicht umhin können diese Selbstständigkeit grade auf einem Felde zur Anwendung zu bringen, wo der Kaiser nur geschickte Werkzeuge sucht, selbständige Berather aber nicht duldet. Aber auch in der innern Frage würden die schwersten Differenzen unausbleiblich sein. Einer Annäherung der beiden Männer würde daher ein Bruch auf dem Fuße folgen. So wünschenswerth es für den Kaiser auch sein mag, den sehr gefährlichen Gegner zu gewinnen, so ist doch andererseits gewiß, daß ein vergeblicher Versuch ihn dauernd an sich zu fesseln, die Kräfte des Gegners verdoppeln würde. Die Macht des Kaisers beruht zum großen Theil darauf, daß es in Frankreich keinen parlamentarischen Ministercandidaten giebt. Soll Napoleon sich herbeilassen, den klügsten, erfahrungsreichsten und, wo es auf die Leitung parlamentarischer Versammlungen ankommt, noch immer einflußreichsten

heißtbestrebungen, sobald sie praktisch zu werden drohen, d. h. sobald sie auf eine Unificirung durch Preußen hinauslaufen, feindlich gesinnt sind, wie die neuesten Expectorationen Louis Blancs gegen die „Auffaugung Deutschlands durch Preußen“ beweisen.

seiner Gegner zu dieser bedenklichen Stellung zu erheben? Schon aus diesem Grunde ist es mehr als zweifelhaft, daß Napoleon in Thiers den geeigneten Mann sieht, ihn bei einer etwaigen Modification seines Systems in liberalem Sinne, falls die Umstände ihm eine solche aufnöthigen sollten, zu Rathe zu ziehen.

Ziehen wir die Resultate unserer Betrachtung, so ergibt sich, daß die Lage, in welcher der Kaiser zwischen den Parteien sich befindet, mit ernstest Gefahren verbunden ist. Die dem gesetzgebenden Körper gewährten Befugnisse befriedigen keineswegs, sind aber grade ausreichend, um der Mißstimmung im Lande ein Centrum und ein Sprachrohr zu geben, und dieselbe lebendig zu erhalten und zu fördern. Eine Erweiterung der Befugnisse des Parlaments würde möglicherweise zu einem Kampfe führen, dessen Ausgang unberechenbar ist. Zu wesentlichen Concessionen an das parlamentarische System wird sich Napoleon daher nur herbeilassen, wenn er sie nicht länger verweigern kann. Zunächst wird seine Thätigkeit dahin gerichtet sein, diesen Zeitpunkt so weit als möglich hinauszuschieben und die Masse des Volkes durch möglichste Befriedigung seiner materiellen Bedürfnisse an sich zu ziehen, und, im äußersten Falle, ihr nach außen hin Beschäftigung zu verschaffen, ein Mittel, das indessen bei der außerordentlich großen Anzahl kleiner Capitalisten, die von einem Kriege eine Entwerthung der Renten zu fürchten haben, sehr bedenklich ist. Indessen sind dies lauter Palliativmittel, die den revolutionären Geist so wenig versöhnen werden, wie das schärfste Regiment ihn zu bändigen vermag. Ihn zu bannen giebt es nur ein Radicallmittel, Emancipation der Localverwaltung von der Staatsgewalt und Bildung des Volkes zur Freiheit von unten auf. Nur auf diese Weise kann es gelingen, die verderbliche Vorstellung auszurotten, daß das Wesen der Freiheit in einem stetigen Kampfe gegen oder um die Staatsgewalt bestehe, eine Vorstellung, die ihre natürliche Ergänzung darin findet, daß die Staatsgewalt ihre Aufgabe als einen Kampf gegen die Freiheit, oder wie sie es ausdrückt, gegen die Anarchie auffaßt. Wenn der Despotismus glaubt, die Franzosen wie ein verkommenes und versumpftes Geschlecht behandeln und durch Gewährung materieller Vortheile, sowie durch ein geistiges Nivellirungssystem gängeln zu können, so befindet er sich in einem verhängnißvollen Irrthume. Das Feuer glimmt unter der Asche, aber es ist vulkanisch, revolutionär. Es ist kaum zu zweifeln, daß der Kaiser die Einsicht in diese Lage der Dinge besitzt. Sollte es ihm an der Macht fehlen, in geduldiger zäher Arbeit, wie sie seinem Charakter entspricht, sein Volk zu einem ruhigen und festen Besitze des höchsten politischen und sittlichen Gutes fähig zu machen? So lange die tüchtigsten Kräfte, die mehr zu sein beanspruchen als geschickte Organe seines Willens (an geschickten Organen fehlt es in dem classischen Lande der administrativen Routine natürlich keinem Herrscher) sich von ihm fern halten, und fern halten müssen, kann man aller-

dingß nicht daran zweifeln, daß seine Macht zur Lösung dieser Aufgabe unzureichend ist. Auch die liberale Partei allein, zumal wenn sie das Ziel ihrer Bestrebungen ausschließlich auf den Besitz der Gewalt richtet, vermag es nicht, hier Besserung zu schaffen, da Frankreich zu seiner Regeneration nicht einer unfruchtbaren Aufregung, sondern geduldiger zäher Arbeit bedarf. Wohl aber ist sie im Stande, wenn sie ihre ganze Kraft auf Bekämpfung der administrativen Willkür richtet, das Bewußtsein über den Sitz aller Schäden des Staatslebens in der Bevölkerung zu wecken und vielleicht auch die kaiserliche Regierung selbst auf die Wege einer fruchtbaren Reform zu drängen. Denn sobald die liberale Partei unverwandt ihre Thätigkeit auf dies Eine richtet, was Noth thut, kann der Kaiser ohne eine Gefahr für seine Dynastie sich auf sie stützen. Auf diesem Wege würde „die Krönung des Baues“ in nicht allzuferner Zeit sich als das nothwendige Resultat einer natürlichen Entwicklung herausstellen; sie würde erfolgen können ohne jede Erschütterung. Daß der Kaiser kurzweg mit seinem System bricht, ist undenkbar und unmöglich; daß er es, wenn er der Liberalen sicher ist, aber auch nur dann, allmählig umzubilden fähig ist, wird kaum zu bezweifeln sein.

Gegenwärtig fehlt in Frankreich auf beiden Seiten noch das Bewußtsein über das zu erstrebende Ziel. Thiers ist nicht der Mann dazu, dasselbe in den Liberalen zu wecken; seine parlamentarischen Erfolge schaden der Sache der Freiheit mehr als sie ihr nützen. Auf der andern Seite werden aber solche Erfolge der Präfectenwirthschaft, wie der neuerdings in Strassburg errungene, nur dazu beitragen, die Unbedingten in ihrem widrigen und cynischen Servilismus, den Kaiser in der günstigen Meinung von der Probekaltigkeit seines Systems zu bestärken. Dies sind keine erfreulichen Aussichten für Frankreichs Zukunft; die Gegensätze schärfen sich, die Stimmungen verbittern sich zunächst in den gebildeten Classen. Hat die Verbitterung in diesen den Höhepunkt erreicht, so bedarf es in Frankreich kaum besonderer Bemühungen, sie auf die untern Classen zu übertragen, die, einmal in Bewegung gesetzt, durch rastloses Handeln jede Berechnung der Führer überholen. Ein Straßenkampf aber würde zur Anarchie oder zu maßlos gesteigertem Despotismus, gewiß nicht zur Freiheit führen. 3.